

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Stresemann stürzt Marx.

Der Sinn der gestrigen Kabinettsitzung.

Die Ausführungen der heutigen Morgenpresse bestätigen unsere Annahme, daß die Regierung ihren Rücktritt beschloß, weil die Volkspartei danach drängte.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ weiß über den Hergang der Sitzung folgendes zu melden:

Der Kongreß berichtete eingehend über den Ausgang der Wahlen und die durch sie geschaffene Verschiebung der Parteienkräfte. In der anschließenden Aussprache ließ der Reichsaussenminister Dr. Stresemann deutlich zum Ausdruck kommen, daß die Deutsche Volkspartei nur für einen Rechtsblock zu haben sein werde. Der Minister stellte sich bei diesen Ausführungen auf den von uns an anderer Stelle widergegebenen Beschluß seines Parteivorstandes, der nach der konsequenten Haltung der Volksparteier gar nicht anders ausfallen konnte.

Die Meldung über die Sitzung des volksparteilichen Vorstandes besagt:

Man beschloß sich mit der durch die Neuwahlen geschaffenen Lage; man hält sie gegenüber der nach dem 4. Mai geschaffenen Konstellation nicht für verändert und war sich dementsprechend darin einig, daß an der bisherigen Linie der Partei festgehalten werden soll. Die Partei hält also nach wie vor an ihrer Forderung fest, die Deutschnationalen an der Regierung zu beteiligen.

In der „Börsigen Zeitung“ heißt es:

Im neuen Reichstage hätte ein Kabinett der Mitte, die Regierung Marx, von einer deutschnationalen Opposition, die zahlenmäßig geringer wäre als vorher, noch weniger zu besorgen. Es hätte also ruhig im Januar vor den neuen Reichstag treten können — wenn die Mitte eben noch bestände. Aber wie im Oktober die Deutsche Volkspartei die Regierungskrise heraufbeschwor und schließlich die Auflösung des Reichstags herbeigeführt hat, weil sie nicht mehr die Mitte, sondern die Einbeziehung der Deutschnationalen, d. h. den Rechtsblock, erzwingen wollte, so hat die Deutsche Volkspartei auch gestern die Koalition der Mitte gesprengt und damit das Kabinett Marx zur Gesamtdemission gezwungen. Denn im Kabinett lag gestern, es sei es sich versammelte, der offizielle Beschluß, der ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnte und das mit den Deutschnationalen forderte. Das Kabinett sah sich also der Tatsache gegenüber, daß ein der Parteien, auf die es sich stützte, die weitere Existenz in der Koalition der Mitte verweigerte. Es kam deshalb zur Auflösung, daß die Regierung Marx als Kabinett der Mitte nicht vor den neuen Reichstag treten könne, und sodann zum prinzipiellen Beschluß auf Gesamtdemission.

Das Zentrumsblatt, die „Germania“, schreibt:

Obgleich die Entscheidung vom 7. Dezember eine glatte Billigung der Regierungspolitik durch das Volk bedeutet, ist die Regierungsbildung doch sehr schwierig. Und zwar liegt das an der Haltung der Deutschen Volkspartei, die die nahe-hergendste Kombination ablehnt. Eine der belagerten Parteien des Kongresskomplexes ist die Tatsache, daß die Koalition der drei bürgerlichen Mittelparteien trotz äußerer Machtzunahme an innerer Geschlossenheit und Kraftlosigkeit verloren hat. Die Hauptschuld an diesem Zustand trägt die Deutsche Volkspartei, die im alten Reichstag ehrlieh mit den beiden Koalitionsparteien gearbeitet, im Wahlkampf aber mit den Gegnern der Politik der bisherigen Koalition gemeinsame Sache gemacht hat.

Wie die Dinge nach dem Rücktritt des Kabinetts laufen werden, läßt sich noch nicht mit voller Klarheit übersehen. Die Deutschnationalen verlangen stürmisch ihren Eintritt in die Regierung. Die Gefahr liegt nahe, daß sich dann das Schwergewicht in der neuen Regierung nicht unerheblich nach rechts verschiebt. Es ist nicht gut möglich, daß ein Kabinett mit deutschnational-volksparteilicher Mehrheit unter Zentrumsführung stehen kann. Glaubt Herr Stresemann mit einem Rechtsblock die von ihm bisher betriebene Politik weiterverfolgen zu können, so wäre es das Beste, er übernehme selbst die Führung dieser Regierung.

Alle drei genannten Blätter, ein rechtsstehendes, ein demokratisches und ein Zentrumsorgan stimmen in der tatsächlichen Auffassung überein, daß der Abfall der Volkspartei von der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ den Demissionsbeschluß des Kabinetts erzwingen hat.

Die „Germania“ ist offenbar bereit, über die Bürgerblockfrage zu diskutieren, fordert aber Bindungen der Deutschnationalen, namentlich in bezug auf die auswärtige Politik. Sie weist darauf hin, daß die Deutschnationalen sich im Wahlkampf über das „Wie“ ihrer künftigen Politik gar nicht geäußert hätten, und schließt:

Wenn sich also die deutschnationale Presse oder wenn die deutschnationalen Politiker in der Regierungskrise irgend etwas von Belang sagen wollen, dann mögen sie sich zu diesem „Wie“ ihrer künftigen Politik äußern. Alles andere ist für die Zentrumspartei, auf deren Mitarbeit sie doch angewiesen sind, ohne Belang. Wir befürchten aber, diese wichtige Frage noch sehr oft stellen zu müssen.

Ähnlich äußert sich das große Zentrumsorgan am Rhein, die „Rheinische Volkszeitung“. Sie bedauert, daß im Reich durch die Volkspartei die große Koalition unmöglich gemacht werde und hält eine Aenderung der Re-

gierungsgrundlage in Preußen für unnötig. Weiter schreibt sie der Volkspartei folgendes ins Stammbuch:

Die Volkspartei muß endlich einmal offen sagen, was sie für eine Partei sein will. Sie ist in der bisherigen Regierung der rechte Flügel von Mittelregierungen gewesen. Wenn man die Deutsche Volkspartei nach der „Rheinischen Zeitung“ beurteilt, dann ist sie bereits eine Rechtspartei geworden mit nicht sehr viel Unterschied von den Deutschnationalen. Wenn man die Rede von Herrn Dr. Stresemann ansieht, dann weiß man nicht, ist die Deutsche Volkspartei Rechtspartei oder Mittelpartei. Die Unklarheit in der Natur dieser Partei ist nicht zuletzt die Ursache der innerpolitischen Schwankungen, denen wir bei den letzten Regierungskrisen ausgesetzt gewesen sind. Markiert sich die Deutsche Volkspartei aber als eine Rechtspartei, dann wüßte man nicht, wie sie den Bürgerblock schmachtet machen soll. Dann stehen zwei Rechtsparteien im Bürgerblock gegen eine Mittelpartei. So ist die Gefahr des nationalistischen Einflusses in einer solchen Regierung größer als bei einer großen Koalition der sozialistische Einfluß, dem doch immerhin drei große bürgerliche Parteien gegenüberstehen.

Die „Deutsche Zeitung“ will sich mit der „Germania“ in keinen Streit darüber einlassen, warum die stärkste Partei zur Regierungsbildung berufen war, solange die Deutschnationalen stärkste Partei waren, und warum sie es nicht mehr ist, wenn die Sozialdemokraten stärkste Partei sind; dann macht sie einen Gedankenstrich und sagt weiter mit trockener Bestimmtheit:

aber es ist nichts als eine Selbstverständlichkeit, daß in einer Koalition die stärkste Partei auch die führende Partei sein muß; und das Zentrum wird jedenfalls nicht die stärkste Partei der Koalition sein!

Die Situation ist also vollkommen klar. Die Deutschnationale Partei übernimmt das Kommando mit einem schallenden „Rechts-um-Marsch“. Die anderen haben das Maul zu halten und zu parieren; denn in einem Bürgerblock herrscht Ordnung und militärische Zucht.

Das offizielle Organ der Deutschnationalen schließlich, die

„Nationalpost“, erklärt alle Nachrichten über die Zahl der von ihrer Partei geforderten Minister für irrig und rückt damit von Herrn v. Frentag-Loringhoven ab. Im übrigen ist sie unzufrieden, weil das Kabinett nicht sofort demissioniert hat und leistet sich dieserhalb folgende Stillschaltung:

Damit wäre also die Verantwortung auf den Reichspräsidenten weitergehoben. Nach unserer Auffassung hätte die Reichsregierung den Zeitpunkt ihres Rücktritts ruhig von sich aus bestimmen dürfen, wenn sie ein Interesse daran hätte, die jetzt wieder einmal beginnende Regierungskrise schnell zu erledigen. Nach den bisherigen Erfahrungen vermuten wir, daß der Herr Reichspräsident kein Mittel unversucht lassen wird, um die den Interessen seiner Partei abträgliche Erweiterung der Regierung nach rechts zu verhindern, wozu sich dank der ihm von dem Reichstag abtrüben zugeschobenen Initiativen manche Gelegenheit bieten wird. Wir werden die Schritte, die in dieser Frage in den kommenden Tagen unternommen werden, mit großer Ruhe abwarten, ohne freilich schon jetzt ein Lächeln über alles das unterdrücken zu können, was sich dabei mutmaßlich abspielen wird.

Wer zuletzt lacht, lacht am besten!

Wann erfolgt der Rücktritt?

Reichsminister Marx erschien heute um 10 Uhr vormittags beim Reichspräsidenten, um ihn von dem Beschluß des Kabinetts offiziell zu unterrichten und mit ihm zu besprechen, wann der Rücktritt erfolgen sollte. Wahrscheinlich wird mit ihm erwartet werden, bis sich die neugewählten Fraktionen versammelt haben, was, wie man annimmt, Anfang nächster Woche der Fall sein wird.

Das Kabinett tritt heute um 5 Uhr nachmittags wieder zusammen, um weitere Beschlüsse zu fassen.

Reichstag vor Weihnachten?

Der Eca-Korrespondenz zufolge soll der Reichstag schon am 22. oder 23. Dezember eine formelle Sitzung abhalten und sich dann bis zum 25. Januar vertagen. (Wird ein Monat Bürgerblock ohne Reichstag? Red. d. „V.“)

Der Zettel im Treptower Park.

Unglaubliche Verzettlung.

F. Kl. Magdeburg, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichspräsident ist von politischen Hezern als „Landesverräter“ beschimpft worden, weil er angeblich den Munitionstreif von 1918 organisiert und verbreitet habe. Das ist ein Beweis, daß das vor Bericht gestellt und dem das ungeheure Zeugenaufgebot gewidmet ist, das jetzt in Magdeburg aufmarschiert und dauernd sich vergrößert. Heute aber steht im Mittelpunkt des Interesses ein Zettel! Ein winziger Zettel, von dem man nicht weiß, ob ihn der damalige Abgeordnete bei seiner Rede im Treptower Park in der Hand hatte oder ob er ihm hinaufgereicht wurde, ob er ihn gelesen hat und — das ist das Schwerwiegende — ob er daraus die unmöglich militärisch kurze Antwort erteilt hat: „Streik verkürzt den Krieg — Bestellungsbefehl nicht Folge zu leisten.“

Der Zeuge Syrib, der diese Behauptung aufgestellt hatte, ist am Mittwoch dem Reichspräsidenten gegenübergestellt worden. Er hat seine Behauptung aufrechterhalten, aber dahin ergänzt, daß Ebert hinzugefügt habe: „Wir werden uns bemühen, daß die Bestellungsbefehle zurückgezogen werden.“ Durch einen solchen Zufall würde zwar die ganze Aeußerung ein anderes Gesicht bekommen als sie ursprünglich zu haben schien, aber der Reichspräsident hat darauf aufmerksam gemacht, daß er schon 1918 nicht ohne Brille lesen konnte, daß er also, wenn ihm wirklich der Zettel hinaufgereicht worden wäre, seine Rede hätte unterbrechen, die Brille aufsetzen um den Zettel zu lesen, ein Vorgang der sicher Anderen hätte auffallen müssen. Syrib hat aber keine Brille gesehen, hat auch nicht eine Unterbrechung der Rede bemerkt, trotzdem blieb er bei seiner Aussage. Seit er sich dem deutschnationalen Pastor Koch verschrieben hat, hat er auch noch einen anderen Zeugen benannt, den er extra auf dem Anhalter Güterbahnhof besucht hat, um ihn für diesen Prozeß zu gewinnen. Auch dieser neue Zeuge wird geladen und noch einer, der das Gespräch am Anhalter Bahnhof zwischen Syrib und seinem Kollegen mit angehört hat, und dann sollen weitere Zeugen geladen werden: zwei Männer, die angeblich im Auftrage einer Dienststelle (Fliegerablageabwehrstelle) standen, die die Versammlung im Treptower Park besucht haben und dort Eberts Aufforderung zur Nichtbefolgung des Bestellungsbefehls gehört haben wollen. Es wird augenscheinlich übersehen, daß diese Leute damals amtliche Berichte erstatten haben müssen, daß trotz dieser amtlichen Berichte Ebert nicht vor das Kriegsgericht gestellt wurde, daß man vielmehr Dittmann vor

dem Kriegsgericht veranlassen wollte, den Namen seines Vorgesetzten zu verraten. War sein Name der „Fliegerablageabwehrstelle“ amtlich bekannt, so hätte er doch wohl auch dem Kriegsgericht bekannt sein müssen. Inwiefern werden über die Zettelfrage noch eine Unmenge von Zeugen benannt und vernommen werden müssen. So kann ein Fegen Papier weltgeschichtliche Bedeutung erhalten!

Fehlt noch, daß Richard Müller, genannt der „Leichenmüller“, sich brieflich beim Reichspräsidenten als Zeuge angeboten hat, dafür, daß Ebert und die Sozialdemokraten im Januar 1918 den Streiterfolg der Gruppe Müller sozusagen habe „stehlen“ wollen, wie sie später nach Müllers Meinung die Revolution „gestohlen“ hatten. Auch Richard Müller wird geladen und Walzahn und Ebert daneben. Sie sollen Ebert belasten, denn den verhafteten Sozialdemokraten zu treffen, dazu ist ihnen selbst ein völkischer Prozeß gerade gut genug.

BS. Magdeburg, 11. Dezember.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wurde zunächst das Protokoll der gestrigen Bernehmung in der Wohnung des Reichspräsidenten verlesen.

Syrib sagt nach dem gestern aufgenommenen Protokoll folgendes aus:

Ich war Anfang 1918 in den Argo-Werken beschäftigt. Ich war Schwerverwundeter und dauernd garnisonfähig. Ich war rekrutiert. Ich bin auch zu der Streikerversammlung im Treptower Park hingegangen, und zwar geschloffen mit Arbeitskollegen. Als ich zu der Versammlung kam, sprach noch ein Redner. Bald nach meinem Eintreten ergriff der damalige Abgeordnete Ebert das Wort. Ich hatte ihn damals noch nicht von Angesicht gesehen. Es war uns aber gesagt worden, und zwar von den Kollegen, mit denen ich zur Versammlung ging, der Abgeordnete Ebert werde sprechen. Ich habe später Bilder von ihm gesehen und auch heute, wo ich ihn zum zweiten Male persönlich wiedersehe, kann ich mit Bestimmtheit sagen, er war der erste Redner in der Versammlung. Der Redner stand auf der Böschung, am oberen Rande derselben, links und rechts und hinter ihm standen auch Personen. Die große Masse der Versammlungsteilnehmer befand sich unten auf der Wiese.

Am unteren Rande der Böschung befand sich, nach der Wiese zu gesehen, ein Weg, der gegen 4 Meter breit ist. Dahinter kommt dann die Wiese. Auf diesem Weg standen auch Versammlungsteilnehmer, einzelne auch auf der Böschung. Während der Rede des Abgeordneten Ebert — ich stand etwa 30 Meter von ihm entfernt — wurde ihm aus der Versammlung ein Zettel herausgereicht. Es ist dann jemand heraufgegangen und hat ihm den Zettel übergeben. Was auf dem Zettel stand, weiß ich nicht, ich habe den Zettel nicht gelesen. Ich weiß auch nicht, wer den Zettel heraufgebracht hat. Der Abgeordnete Ebert las den Zettel, beide

den Satz und sagte mit derselben Stimme, mit der es vorher gesprochen hat: „Streik kann nur den Krieg verkürzen, wer einen Bestimmungsbefehl bekommt, soll dem nicht Folge leisten.“ Sie würden dafür sorgen, daß die Bestimmungsbefehle zurückgezogen würden. — Ich habe bei meiner gestrigen Vernehmung dieses Rechte verweigert und anzufragen.

Ich interessierte mich damals nur dafür, was mit den Restamirten geschähe, ebenso wie sich viele meiner Arbeitskollegen für diese Frage interessierten. Sonst weiß ich von der Rede des Abgeordneten Ebert nur noch, daß er erst wissenschaftliche Fragen berührte und dann auf politische Werging. Wann der Vorfall mit dem Zeitaler während der Rede war, ob zu Anfang oder in der Mitte oder zum Schluß, weiß ich nicht mehr.

Wir hielten schon unterwies, als wir geschlossen zur Versammlung gingen und auch am Bestimmungsbefehl selbst, als der Redner schon ansetzte, hielt uns darüber unterhalten, was er wohl in dieser Frage der Restamirten, die uns so alle besonders interessiert, sagen würde, und ob davon von selbst anfangen müßte.

Ich bin in der Versammlung noch gewesen, als an die Stelle des ersten Redners der Abgeordnete Dittmann trat und verhaftet wurde.

Auf die Frage des Nebenklägers, ob er, der Nebenkläger, denn den Zeitaler gesehen habe und eine Brille aufgetrieben habe, erklärte der Nebenkläger: „Es war ein kleiner Zeitaler. Der Redner habe ihn gesehen, wobei er ihn meiner Erinnerung nach mit der linken Hand angenommen hatte, ihn dann lesend in der linken Hand behielt und mit der rechten Hand Bewegungen machte. Ob der Redner eine Brille aufhatte, weiß ich nicht. Am Sonnabend bekam ich den Bestimmungsbefehl, nach dem ich mich am Montag dann stellen mußte. Drzel ist in dieser Versammlung in Treptow auch gewesen.“

Ich hatte durch den Pfarrer Koch, an dem ich durch Frau Wals gekommen war, gehört, daß ich als Zeuge für den Prozeß in Frage käme.

Es lag mir daran, daß ich als Zeuge nicht allein sei. Ich überlegte mir, wer von meinen Bekannten auch in der Versammlung gewesen sei. Da fiel mir Drzel ein, und ich beschloß, ihn zu fragen, ob er noch was von der Versammlung wüßte. Drzel arbeitete auf dem Anhalter Güterbahnhof und ich mußte, um zu ihm zu kommen, den Güterbahnhofs-Haus, Sekretär oder Obersekretär, hinzuziehen. Ich tat es aber auch, um einen Zeugen zu haben. Ich habe nun im November — jedenfalls vor dem Totenfest — dem Drzel in Gegenwart von Haase folgende Fragen vorgelegt: Ob er sich noch auf die Versammlung im Treptower Park im Jahre 1918 befinden könne. Er antwortete „Ja“, dann frante ich weiter, ob Herr Ebert aufgefordert hat zum Streik. Auch darauf sagte er ja. Weiter fragte ich ihn, ob er auch gehört habe: „Wer Bestimmungsbefehl bekommt, solle ihn nicht nachgeben.“ Er antwortete: „Ja.“ Ich sagte ihm noch, ich würde wohl als Zeuge auftreten müssen, und er mußte sich gefast machen, daß er auch Zeuge sein müsse, und daß es hätte auf hart gehen.

Hierzu erklärt der Nebenkläger, Reichspräsident Ebert, als Zeuge: „Als ich bei meiner Vernehmung am 24. November 1924 nach dem Vorgang über den Zeitaler gefragt bin, war ich auf eine solche Frage nicht vorbereitet. Die Frage war auch allgemein gehalten und ich es in Versammlungen häufig vorgenommen, daß dem Redner Zeitaler herausgereicht wurden. Deshalb habe ich eine allgemein politische Antwort gegeben. Nachdem nun heute der Zeuge Strüb in meiner Gegenwart den angeblichen Vorfall mit dem Zeitaler eingehend geschildert hat,

kann ich mit aller Bestimmtheit nach meiner Erinnerung sagen, daß ich den angeblichen Vorgang für unmöglich halte.“

Wenn mir ein solcher Zeitaler auf die Hüfte heraufgereicht worden wäre, wenn ich den Zeitaler gesehen hätte, so hätte ich meine Rede unterbrechen müssen, die ich frei gehalten habe. Ich hätte auch meine Brille aufsetzen müssen, weil ich damals schon ohne Brille nicht lesen konnte. Was die behauptete Vernehmung in meiner Rede anbelangt, wie der Zeuge sie darstellt, so erkläre ich, daß es ausgeschlossen ist, daß ich diese Vernehmung gegeben habe. Ich war nie der Ansicht, daß Streiks den Krieg verkürzen können. Ich habe nie einem Mann gesagt, er solle einen Bestimmungsbefehl nicht folgen, geschweige denn öffentlich dazu aufgefordert. Denn ich hätte mich mit einer solchen Vernehmung in Widerspruch gesetzt mit meiner Stellung zum Kriege vor und nach dem Streik.

Ich erinnere mich bestimmt, daß in einer Sitzung des Vorstandes der SPD, in jener Zeit die von anderer Seite aufmerksamste Frage der Befolgung oder Nichtbefolgung von Strafbestimmungen erörtert wurde. Dabei waren wir einmütig der Meinung, daß dem Bestreben, Bestimmungsbefehle nicht zu befolgen, falls es aufreibe, entschieden entgegenzuwirken sei. Ich erinnere mich auch bestimmt, daß ich von dieser Auffassung der

Parteilung dem damaligen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Bauer, Mitteilung gemacht habe. Bauer erklärte mir, daß er mit mir darin übereinstimme. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich in meiner Rede in irgendeinem Zusammenhang gesagt habe, wenn Strafbestimmungen ergehen würden, so wolle ich meine Partei bemühen, daß sie rückgängig gemacht werden. Es ist richtig, daß mein ältester Sohn, nachdem zwei andere gefallen waren, sich wieder an die Front zurückgemeldet hat.“

Hierzu erklärt der Zeuge Strüb: „Auch nachdem ich das gehört habe, bleibe ich bei meiner Aussage.“

Vor: Der Zeuge Strüb stand unter Eid, brauchte also nicht noch einmal geteilt zu werden. Trotzdem habe ich ihn noch einmal die Richtigkeit seiner Angaben verfahren lassen.

Generalkommission: Ich stelle den Antrag, den Drzel und den Nebenkläger Haase zu laden. Die Verteidigung schloß sich dem Antrag an. Das Gericht beschloß, Drzel und den Sekretär Haase zum Anhalter Güterbahnhof zum Freitagsvormittag zu laden.

R.-A. Dr. Martin: Es ist uns bekannt, daß die Treptower Versammlung von der Sabotage-Abwehrstelle der Abwehrabteilung beobachtet worden ist. Die damals tätigen Beamten Müller, Sergeant Heiles und der Polizeileutnant Köber werden beauftragt, daß die Vernehmung gefahren ist, man solle Bestimmungsbefehle keine Folge leisten. Ich bitte diese Zeugen sofort zu laden. — Es ist gestern vom Herrn Reichspräsidenten gesagt worden, er sei auf die Frage ob man sich stellen müsse, nicht vorbereitet gewesen. Ich bedauere, daß nicht das gesamte Gericht an der ersten Vernehmung teilgenommen hat. Demals habe ich die Frage schon genau formuliert, sie ist von mir vorgelegt worden und nach längerem hin und her ist sie dann auch dem Nebenkläger vorgelegt worden.

Vor: Ich kann dazu erklären, daß Herr Rechtsanwalt Martin den Wunsch äußerte, mit seinem Mitverteidiger sprechen zu dürfen. Das geschah und die Frage wurde dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegt. Es entstanden Bedenken, ob die Frage zu beantworten sei. Ich war der Ansicht, daß sie beantwortet werden müsse, was dann auch geschah.

R.-A. Heine: Der Herr Reichspräsident hat gestern erklärt, warum er sich der Sache mit dem Zeitaler nicht mehr erinnere. Nachdem durch Strübs Aussage der Herr Reichspräsident erfahren hat, was geschehen sein soll, hat er seine Antwort mit größter Klarheit gegeben.

Darauf wurde der Abgeordnete Dittmann nochmals kurz vernommen: „Ich bin gestern aufgefordert worden, mich zu Strübs Aussage über das angebliche hinaufreichen eines Zeitalers zu äußern. Ich hatte den Strüb anfangs so verstanden, daß Herr Ebert den Zeugen Strüb privat die angebliche Antwort gegeben habe. Gestern habe ich eine andere Meinung bekommen. Ich glaube nämlich, daß Strüb sich geirrt hat, die angebliche Frage habe auf dem Zeitaler gestanden, weil ihn persönlich die Sache brennend interessierte. Mir hätte also der ganze Vorfall nicht entgehen können. Möglicherweise ist, daß dem Redner, der beim Vortrag einen Zeitaler in der Hand hatte, derselbe zu Boden gefallen und ihm wieder zurückgereicht worden ist. Ich erinnere mich, daß Ebert maßvoll und ruhig gesprochen, daß er gesagt hat, er und seine Freunde wollten wieder für das Bestimmungsbefehl der Arbeiter sorgen. Vielleicht — ich erinnere mich nicht — hat er auch gesagt, daß er und seine Freunde auch dafür sorgen würden, daß die Strafverfolgungen zurückgezogen werden.“

R.-A. Heine: „Ich halte das für belanglos. Denn Herr Dittmann sagt doch nur, daß alles so etwas geschehen konnte, was er selbst nicht beobachtet hat. Die positive Erinnerung des Herrn Dittmann geht doch dahin, daß Ebert die Worte von der Strafverweigerung der Militärpflicht nicht gebraucht hat.“

Das Gericht stellte die Ladung der von der Verteidigung benannten drei Zeugen noch zurück.

Dann verlas der Vorsitzende ein Schreiben des ehemaligen Vorsitzenden des Arbeiterrats, Richard Müller, der erklärt:

„Ich war Vorsitzender der Streikleitung, der auch Herr Ebert angehörte. Wenn Dr. Landsberg sich auf mein Buch bezüglich der Haltung Ebert beruft, muß ich das zurückweisen. Herr Ebert hat an fünf Sitzungen der Streikleitung teilgenommen und nicht gegen den Streik gesprochen. Wäre schon damals das passiert, was im November 1918 eintrat, hätte sich Herr Ebert auch damals an die Spitze der Bewegung gestellt.“

R.-A. Martin: Ich beantrage die Ladung Richard Müllers.

R.-A. Heine: Ich widerspreche. Dem objektive Feststellungen kann dieser Mann nicht machen. Es ist derselbe Mann, der erklärte: „Für über meine Leiche geht der Weg zur Nationalversammlung!“ Und er lebt heute noch. Es ist nur eine nutzlose Verschleppung, alle solche Leute zu laden.“

R.-A. Martin: Ich bitte, Richard Müller zu laden, der bezeugen soll, daß Herr Ebert ihm unter vier Augen gesagt hat, daß der Streik notwendig sei, um den Krieg klein zu bekommen. Ich bitte ferner um die Ladung des Herrn Müllers aus Berlin.

Das Gericht beschloß: Die Bestimmungsbefehle bleiben vorbehalten. Zum Dienstag sind geladen worden der Herr Richard Müller, zweitens Müllers, drittens W. Cardt.

Der Vorsitzende vernahm dann Dr. Gansler vom Preßesitz, wo er Platz genommen hatte, in den Subtribunalraum. Dr. Gansler legte darauf eine Preßesitzlegitimation vor.

Hierauf wurde der Zeuge Strüb vom Vorsitzenden dahin befehrt, daß seine gestrige Aussage unter Eid erfolgt sei.

Eine Berichtigung.

Zum Bericht in unserer Mittwoch-Morgenausgabe über den Prozeß des Reichspräsidenten wird uns vom Genossen Weimann (nicht Reimann, wie es in dem Bericht steht) geschrieben: Meine Zeugnisaussage ist teilweise unrichtig, teilweise ganz unvollständig wiedergegeben. Ich habe nichts davon gesagt, daß Reichspräsident Ebert damals in der Versammlung über die Entwicklung des Streiks gesprochen hat, im Gegenteil kann ich mich hieran nicht erinnern. Es scheint mir auch unwahrscheinlich zu sein. Aber hat, wie ich aus-sagt habe, über die damaligen Hauptforderungen unserer Partei gesprochen, die sich zum guten Teil mit denen der Streikenden deckten und sich im übrigen gegen das Verhalten der Regierung wandte, die jede direkte Verhandlung mit den Streikenden ablehnte. Er hat besonders betont, daß er diesen Standpunkt in einer solchen Situation nicht verstehen kann und auch im übrigen erklärt, daß unsere Partei alles daran setzen werde, um diese Verhandlungen zu ermöglichen.

Weimann bin ich — was der Bericht überhaupt nicht erwähnt — ausführlich vernommen worden über die Behauptung der Gegenseite, daß dem Reichspräsidenten während seiner Rede ein Zettel gereicht worden sei und er erklärt habe, „wer den Bestimmungsbefehl bekommt, soll sich nicht stellen.“ Hierzu habe ich ausge-sagt, daß ich dies für absolut unmöglich halte, denn ich stand dicht vor dem Reichspräsidenten und es müßte mir unbedingt aufgefallen sein, wenn ihm ein solcher Zettel gereicht worden wäre. Ebenso kann er unmöglich die erwähnte Vernehmung getan haben, denn sie hätte der ganzen Einkennung unserer Partei und auch des Reichspräsidenten widersprochen; wäre auch so gegen mein Empfinden gewesen, daß sie mir unbedingt aufgefallen wäre.

Belgischer Glückwunsch.

Der Parteivorstand erhielt aus Brüssel folgendes Schreiben der Belgischen Arbeiterpartei:

Meiner Genosse Wels!

Mit Freude erhielten wir gestern und heute die Nachricht, daß unsere deutschen Freunde einen großen und wichtigen Sieg erlangten am 7. Dezember.

Die Sozialisten und Arbeiter der ganzen Welt hielten spannungsvoll die Augen auf den riesigen Kampf gerichtet, den die deutsche Demokratie gegen die Reaktion mit nie geschwächten Kräften führte. Ihre Hoffnung wurde nicht betrogen und die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei nun 130 Sitze erobert hat, wo sie nur 100 zählte, ist ein freudvolles Zeichen von der Lebenskraft der Sozialdemokratie im Deutschen Reich und gibt den klaren Beweis dafür, daß die Arbeiteraktion für Frieden, Völkerverständigung und Demokratie erfolgreich durch die ganze Welt im Anmarsch ist und daß nichts ihr den Weg versperren kann. Heil der deutschen Sozialdemokratie! Heil der deutschen Republik!

Mit besten Grüßen

Der Generalsekretär der BVP.
Joseph von Rosbroeck

Aufwertung von Spareinlagen.

Hamburg, 12. Dezember. (Mit.) Die bekannte größte sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Konsumgenossenschaft „Produktion“ in Hamburg, der vor und während des Krieges aus Arbeiterkreisen erhebliche Spargelder in Form von Kneißelnoten und Spareinlagen zugeflossen sind, hat beschließen, für diese Einzahlungen eine 20prozentige Aufwertung durchzuführen.

Reichswirtschaftsminister Hamm sollte sich einer Korrespondenzmeldung nach mit Rücktrittsgedanken tragen. Umlich wird das demontiert.

Winter.

Von Hans Lorenzen.

Es hellte auf, kurz nach Mittag. Erst wurde der Dunst milchgrau und trug keine, gelbe Loden in den Strahlen. Dann brach sich in braunem Feuer die Sonne durch, was Blut einer riesigen Esse, die hoch oben zwischen den Nebelbänken gabelt war.

Deht liegt der Himmel hell überm Hofen, die Wellen spiegeln sich in dunklen Farben und ihre Gestalt trägt einen geheimnisvollen Glanz. Aber es ist kaum für eine Stunde, im Osten, unter dem braunen Dunst der Stadt, steigt die Dämmerung wie ein Nebel, der sich höher und höher über die ersten aufkommenden Lichter wölbt.

Wir fahren die Elbe hinab, als nähon wir vor dem wachsenden Abend. Dunkel steigen Wellen und Segel vor uns hoch, strecken sich und neigen sich wieder müde zum Strom hinab, wenn wir vorbestimmen. Schloß ziehen wir hinter uns her, eine dünne Schleppe, ein seltsames, feinsinniges Gespinnst, das sie bedeckt.

Im Westen steht eine braune Wand hoch über der Stimmung, mit brandigen Rann. Die Ufer zu beiden Seiten des Stromes werden frei. Wie erforschte, dunkle Wellen laufen die Deiche an seinen Rändern entlang, tragen Dächer und Türme und scheinen doch niederstürzen zu wollen so still und dunkel schweben sie von Wasser. Der Himmel wird bräunlich rot. Wie Widerschein seiner Feuer folgen bunte Schatten aus den Wolken im West, wiegen sich empor bis zur Wölbung über uns und tragen plüschig drei, vier glänzliche, silberne Sterne.

Morgenfrühe! — In solchen Maueru liegen die Nebel auf beiden Seiten der Straße. Von einem Hofe kommt der abgerissene Ton des Holzhauens. Ein Mensch taucht aus dem Dunst, riefen im Grau, und geht geduldet vorbei. Die Rinker singen, langsam wölbt der Weg mit meinem Schritt aus dem Dämmern. Eine Turke steigt quer, ein zerzaustes Krähennest im Gäß.

Bäume tauchen auf wie Weitzer am Wege stehen. Aus Rohr und Schiff wispert es, raschelt in wunderlichen, erwachenden Lauten. Von den Zweigen triefelt die Feuchte. Es hatte gerollt über Nacht, aber der laue Morgenwind streift ihnen die schmutze Bracht vom Leib. Er hebt die Erde nicht in Kristall und zierlichem Schmutz. Ich steige die Deichböschung hinauf. Vom Wasser hört man ein Wähen und Schorren. Die Flut kam heimlich unterm Nebel, während die Menschen schliefen, und greift mit trallenden Händen in Stad und Gassen.

Ein erster Vogelkrei vom Meer, schredhaft, waersend. Sonst ist es noch still ringsum, erdbeckend still, nur das unheimliche Ragen und Schaben unter der Wölbung. Unsichtbar und doch als nitterte der Deich und wollte sich wehren, schonte leise in seinem hilflosen Schmerz.

Bis es im Osten aufwächst, als glömmere der Nebel und jäh ein wilder Brand mit purpurnen Armen zum Himmel steigt.

Die Morch wird grün, dunkelgrün, die Höfe erwachen, schmecken sich zu reden und zu wachsen, eine gelbe Luft weht über das Land.

Der Nebel überm Wasser ist jäh, wird braun im Widerschein und krallt sich doch fest in die langen, klaren Wellen, die sich über die Flut spannen. Bis er sich wie mit einem Ruck löst und weithin die schaumige Fläche freigibt, immer weiter, bis zur Kümm hinüber. Noch einen Augenblick verweilt er, nicht über uns und verweilt dann, kein Mensch weiß wohin.

Nur der Himmel leuchtet noch eine Weile in weißlichem Glanz, wird langsam graublau und löst eine feine Risselung feiner, weicher Wolken sehen, als spiegelten sich die Wogen in seiner Bläue.

Selbstbeständigkeit: eines englischen Reformers, Herbert George Wells, der bekannte Verfasser der auch in Deutschland viel gelobten phantastischen naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Utopien und zahlreicher Bücher über Sozialpolitik und religiöse Erneuerung, hat unter dem Titel „Ein Jahr der Prophezeiung“ ein Buch veröffentlicht, in dem er die Erkenntnisse erörtert, die er bereits in seiner populären „Rechtung der Zivilisation“ niedergelegt hatte. „Wenn ich auch gegenwärtig noch nicht auf meinem literarischen Totenbett aufschreibe bin, so habe ich in ihm doch bereits Platz genommen.“ Ich würde der englische Schriftsteller. Die an sich selbst gerichtete Frage, was die Menge der von ihm selbst geliebten Werte in Wahrheit wert sei, beantwortet Wells dahin: „Der Bekanntheitsgrad dieser Artikel und Bücher stellt mich meiner Meinung die verzweifeltsten Verluste eines Lebens dar, aus dem Bewußtsein, in das es geratet ist, wieder herauszukommen.“ Ich erinnere mich, daß ich als Junge aus Papier und Stielpapier ein Gefängnis für einen Käfer baute und daß ich dann an der Wand lauschte, wie das arme, verweilte Vieh unaußersichtlich drinnen herummanövrierte. Ich weiß nicht mehr, was aus dem Tier schließlich geworden ist, oder ich sehe noch deutlich die schmutzigen Spuren, die der in Verzweiflung herumtrabende Käfer bei seinen hoffnungslosen Ausbruchversuchen auf dem Papier hinterlassen hatte. In höherem Sinn und in vorwärtigem Maßstab setzen auch meine Artikel und Bücher die Spuren solcher verzweifelter Anstrengung.“

Wells wiederholt dann seinen Glauben an die Möglichkeit eines besseren Lebens der Menschheit und ihrer endgültigen Befreiung aus der Not der Zeit. „Ich bin“, so erklärt er, „amen die Sachen, die wir tragen, die Nahrung, die wir essen, die Häuser, in denen wir leben, und die Schulen, die wir haben; ich bin gegen unsere Unterhaltungen, unsere Mägen, unsere Art, Handwerkschäfte zu machen, unser Kompromiß, Unschlüssigkeit und Geistes; ich bin eben so gegen die drückende Weltumdekelung wie gegen die amerikanischen Verfassungen.“ Wells gründet seine Hoffnungen auf eine bessere Welt künstlich auf dem allgemein verbreiteten Wunsch nach Wohlstand und dem schmerzlichen Drama, der bei Männern und Frauen vorhanden ist. Auf diesem allein beruht wie er ausführlich die Möglichkeit, daß die Menschheit nicht das Schicksal der Schweine teilt, die sich auf dem Weg zu den Schlachthäusern von Chicago befinden.

Das Schillertheater brachte Hermann Bahrs wichtiges und lebendiges Lustspiel „Das Konzert“ neu heraus und erzielte damit bei seinem Stammpublikum einen frohlichen Erfolg. Die Problematik des Stüdes wird bei erstem Ansehen nicht sichtbar, das Konstruierte des Ehepaarspiels nicht allzu fühlbar. Der sprühende Dialog und die lustigen Zwischenfälle deuten alle Risse an. Die Darstellung folgte den Intentionen des Dichters; alles hatte Tempo und Lebhaftigkeit. Carl Ebert gibt den Meister, der es sich und seiner Stellung schuldig ist, sich zu seinen Schülern als neuer Jesus herabzulassen, etwas schwer. Die alles vernehmende gütige Frau, die gern dabei ist, dem Don Juan des Meisters eine kleine Bektion zu geben, ist Lina Kollen, Kug, sein und mit stillem Reuchten. Das andere Ehepaar: Viktor Schumann, der den Bahrschen Ehepaarspielen sehr ergötlich veräußert, und Lucie Mannheim. Eine besondere Note machte Margarete Anton einer der schwärmerischen Verehrerinnen zu geben. Den Volinger spielte Albert Florath, der auch die Rolle führte, auf den immer wirksamen Trostel hinaus. Das Publikum quittierte dankend alle Anlässe zum Lachen.

Dasillischer Schulunterricht — in Australien. In den Schulbüchern des Staates Victoria in Australien dürfen in Zukunft keinerlei Lesebücher oder Lieder, in denen der Krieg verherrlicht wird und in denen Schlachten oder Heiden der Vergangenheit gepriesen werden, erscheinen. Der Unterrichtsminister dieses Staates (der seit kurzem von einem Arbeiterkandidaten regiert wird) hat bekanntgegeben, daß er mit unerbittlicher Entschlossenheit jeder militaristischen Propaganda in den Schulen ein Ende machen werde und bereits die entsprechenden Erlasse herausgegeben habe. Der Minister sagt in seiner Bekanntmachung: „Es ist meine Ansicht, vom Schulunterricht alles auszuschließen, was geeignet ist, in der heranwachsenden Jugend den Kriegsgott zu züchten. Den Kindern sollen vielmehr die Kriegerischen Kämpfe vermittelt werden und die kapitalistischen Einflüsse, die hierbei wirksam sind. Dies wird meiner Meinung nach dazu beitragen, Kriege in Zukunft unmöglich zu machen. Auslet Heuchelei und Aberglauben macht sich heute hier im Unterricht noch breit.“ Die Arbeiterpartei von Neuseeland fordert gleichzeitig die Aufhebung derjenigen Teile der Gesetzgebung, die sich auf die Militärdisziplinierung und Landesverteidigung beziehen.

In der Großen Volkspartei wird Freitag 14. Uhr „Der Ironaden“ (Stammabteilung 3) mit Raymond Blümling in der Rietstraße aufgeführt.

Die Schauspieler-Sitzung für notleidende Künstler. Paul Wegner, der seinen letzten 30. Geburtstag feierte, spielte die Titelrolle in Hauptmanns „Kaiserin Elisabeth“ bei der Jubiläumsvorstellung des Königsberger Neuen Schauspielhauses. Als Ehrenabend hat es eine Paul-Wegner-Sitzung erndet, die zur Unterstützung unerschütet in Paul Wegners Künstler bestimmt ist.

Im Kanal gegen die Schwundliteratur war vor dem Kriege eines der wichtigsten Mittel der in ganz Deutschland verbreiteten Sozialdemokratischen Kultur. Dieser ist er durch die Inflation und den Mangel an Bargeld zu einer unrentablen Nebenbahn verkommen worden. Jetzt ist er wieder zu neuem Leben erwacht und hat in einem neuen Gewand seinen Einzug auf den Berliner Spandauer sowie in Leipzig und Dresden gehalten.

Bernhard Shaw gegen die Kommunisten.

Los von Sinowjew!

Der berühmte englische Schriftsteller Bernhard Shaw, der als einer der führenden Mitglieder der „Fabier“ seit Jahrzehnten für die sozialistische Idee arbeitet, hat auf eine Bitte der „Iswestija“, sich über die russische Frage zu äußern, einen Brief verfaßt, der wert ist, in seinen wesentlichen Teilen auch in Deutschland wiedergegeben zu werden. Ausgehend von dem von der konservativen Regierung nicht anerkannten russisch-englischen Frieden stellt Bernhard Shaw fest, daß seiner Ueberzeugung nach die ökonomischen Notwendigkeiten Großbritanniens schließlich stärker sein würden als die politischen Momente, die zurzeit einem englisch-russischen Frieden entgegenstehen. So sei es immerhin möglich, daß die Sowjetregierung schließlich einen günstigeren Handelsvertrag und eine Anteilnahme an der konservativen Regierung erhalten würde, als sie von einer Arbeiterregierung erhoffen könnten. Bernhard Shaw fährt dann fort:

„Ich gebe deshalb der Sowjetregierung den Rat, die Entwicklung im Geiste des „marxistischen Sozialismus“ abzumauern und inwieweit die Aufrechterhaltung des russischen Wohlstandes nach allen möglichen Richtungen so energisch als möglich auszubauen. Aber ich muß hinzufügen — und das mag für die „Iswestija“-Ochsen weniger angenehm klingen —, daß die Sowjetregierung nachgerade gut tun würde, sich so sehr als möglich von der Dritten Internationale zu trennen. Wenn das nicht der Fall ist, so wird Krawitzky's Stellung in London einfach unmöglich werden! Ich will nicht über die Frage des jetzigen Briefes, sondern nur über eine viel ernstere Frage sprechen. Die Organisation der Dritten Internationale ist nämlich in einer englischen Tageszeitung publiziert worden, und der bürgerliche Idealismus, die kindliche Unkenntnis von Menschen und Dingen, die daraus hervorgeht, hat allen Freunden Sowjetrusslands in England einen ernstlichen Schlag verleiht. Vom Standpunkt der englischen Sozialisten aus gesehen, kennen die Mitglieder der Dritten Internationale nicht einmal das ABC der Aufgabe, die sie sich als Sozialisten gesetzt haben, und die Vorstellung, daß die gesamte Welt ihre Befehle aus der Hand einer Handvoll Moskauer Kowojen entgegenzunehmen soll — die ihre Kenntnis vom modernen Sozialismus überhaupt dadurch gewonnen haben, daß sie, am Kamin sitzend, die liberalen Resolutionspamphlete von 48 bis 70 gelesen haben — läßt, neben ihnen stehen, selbst einen Curzon oder einen Churchill als radikale Revolutionäre erscheinen.“

Shaw setzt sich hierauf polemisch mit dem Marxismus auseinander und fährt fort:

„Es mag ja Herrn Sinowjew amüßigen, von einer „internationalen Organisation“ zu träumen, mittels der er selbst und ein halb Duzend seiner „marxistischen“ Busenfreunde Europa unter Kommando halten werden; aber alles, was er damit erreicht, ist, den russischen Kommunismus lächerlich zu machen und die Basis für Dokumente zu schaffen, die bei Neuwahlen den Reaktionsären helfen.“

„Ich schicke Ihnen diese Worte des Warnens, weil es meine Meinung ist, daß Moskau endlich aufwachen und die Realitäten des Lebens erkennen muß, wenn es nicht sowohl in Amerika als in Europa ein Bollwerk des kapitalistischen Imperialismus werden will. Herr Sinowjew und seine Dritte Internationale haben bisher nicht beabsichtigt, die englischen Wahlen zugunsten der Reaktion zu beeinflussen und damit das britische Empire mit der Annexion des Sudans zu beglücken und das Nilwasser den britischen kapitalistischen Suban-Exploitation zu spenden — aber schließlich ist es das, was sie durch ihre unangenehme literarische Romanistik erreichen haben, durch diese ihre Haltung, die unversöhnlichen Schichten außerordentlich in den Kram paßt und die sie deshalb mit größtem Vergnügen ernst nehmen.“

Wenn das so weiter geht, wenn die Sowjetregierung so tut, als ob sie dieses ihr Verhalten ernst nimmt oder, was noch schlimmer wäre, wenn sie selbst diese Romanistik ernst nimmt, dann wird jede Hoffnung auf irgendeine Gemeinsamkeit der sozialistischen Bewegung des Westens mit der des Ostens begraben sein. Und mit Sozialisten in England werden unsere eigenen Wege gehen müssen, ohne auf die Moskauer Politik Rücksicht zu nehmen als Moskau etwa auf die Politik von Madagaskar Rücksicht nimmt.“

Die „Kote Fahne“ machte sich während des Wahlkampfes ein kindisches Vergnügen daraus, Zitate aus dem „Daily Herald“ über deutsche Verhältnisse abzudrucken, die sie gegen die Sozialdemokratie verwenden zu können glaubte. Sie versuchte dabei den Eindruck zu erwecken, als ob es sich um Urteile der englischen Sozialisten über Deutschland handelte. In Wirklichkeit waren es ausschließlich Berichte eines Berliner kommunistischen Korrespondenten, die mit Hilfe eines sowjetfreundlichen Redakteurs aufgenommen wurden, aber in keiner Weise die Meinung der Redaktion des „Daily Herald“ widerspiegeln und noch weniger die Ansichten der Labour Party. Letztere hat sich bekanntlich vor dem Wahltag durch ein überaus herzliches Telegramm mit der S.P.D. solidarisiert.

Nun ist der Brief Bernhard Shaws auf der ersten Seite des „Daily Herald“ vom 8. Dezember wörtlich abgedruckt worden. Wir sind darauf gespannt, ob die „Kote Fahne“ auch mit diesem Zitat aus dem „Daily Herald“ treiben gehen wird.

Zurück zum Reichsdeputationshauptschluß.

Die Rechtsquelle des bayerischen Konkordats.

Die bayerische Regierung hat bekanntlich im Landtag ein neues Konkordat mit der katholischen Kirche vorgelegt. Dieses Konkordat wird von der bayerischen Regierung als ein Gesamtvertrag angesehen, dem der Landtag nur zustimmen habe, ohne daß eine Veränderung einzelner Paragraphen durch den Landtag möglich sei. Diese Forderung der Regierung, die zahllose Einzelbestimmungen und die starke finanzielle Dotierung der Kirche auf Kosten des Staates haben in Bayern eine starke Erregung hervorgerufen. Bekannt sind die Protestresolutionen des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins, der sich einmütig gegen die Ermahnungen in Schlußfragen gewandt hat. Der bayerische Landtag eröffnete gestern die Beratung des Konkordats mit einer Reihe von Regierungserklärungen, die die Gedankenwelt der bayerischen Staatsmänner treffend beleuchten.

Als erster Redner nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort, wobei er feststellte, daß die Neuordnung auch eine staatspolitische Notwendigkeit sei. Dr. Held betonte die Notwendigkeit, ein möglichst reibungsloses Verhältnis zwischen Staat und Kirche herbeizuführen. Ausdrücklich hob er hervor, daß Bayern die Berechtigung habe,

solche Verträge abzuschließen. Die katholische Kirche könne als auswärtiger Staat nicht betrachtet werden. Die Anwendung von Artikel 78 der Reichsverfassung sehe also nicht in Frage. Gerade

auf diesem Gebiet sei die bayerische Staatshoheit durch die Reichsverfassung unangefastet geblieben.

Die Rechtsquelle für das Konkordat sei das alte Konkordat, das sich wiederum stütze auf den Reichsdeputationshauptschluß (II) (von 1803).

Demals wurde Bayern aufgetragen, daß es der Kirche gegenüber gewisse Verpflichtungen zu erfüllen habe, die dem in dem Konkordat festgesetzt wurden. Auch für die evangelische Kirche lägen rechtlich ähnlich zu wertende Verhältnisse vor. Der in den letzten Tagen einsetzende Sturm gegen den Entwurf sei in nichts begründet. Die Staatsregierung habe nichts zu verheimlichen und kein Recht des Staates sei irgendwie preisgegeben worden. Mit dem Konkordat werde ein Verhältnis zwischen Staat und Kirche geschaffen, das der Allgemeinheit, der Entwicklung des Staates und der Gesamtentwicklung nur von Nutzen sein könne.

Außenminister Dr. Witt ging auf die in der Öffentlichkeit geführte Kritik an den Verträgen ein und erklärte, der Grund, weshalb das neue Konkordat auch zu den Schulfragen Stellung nehme, sei darin zu suchen, daß nach der Schaffung der Reichsverfassung das Bestreben hervortrat, die Kirche als reine Staatskirche aufzulösen zu wollen. Der Minister stellte schließlich fest, daß in Bezug auf die vermögensrechtlichen Bestimmungen im Konkordat die Parität gegenüber der katholischen und der protestantischen Kirche gewahrt sei. Es handele sich bei der Vorlage nicht um eine Preisgabe von staatlichen Hebelrechten. In Bayern müsse und könne man eine Trennung von Staat und Kirche brauchen in dem Sinne, wie sie vielleicht in der Reichsverfassung ursprünglich vorgesehen habe.

Zum Schluß beleuchtete noch Finanzminister Krausnick die finanziellen Auswirkungen der Vorlage. Er hob hervor, daß schon im alten Konkordat

die Verpflichtung übernommen worden sei, die erzbischöflichen und bischöflichen Stühle und Domkapitel mit einer Dotation in Gütern und ständigen Fonds auszustatten. Der Staat habe diese Verpflichtung bisher nicht erfüllt

und sei auch heute nicht in der Lage, sie jetzt durchzuführen. An-

folgedessen werden der Staat eine Jahresrente leisten, die dem jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnis angepaßt

werde. Ein Vergleich des jetzigen Konkordats mit dem von 1817 zeige, daß neue Leistungen in dem neuen Konkordat nicht enthalten seien. Bezüglich des Abkommens mit der evangelischen Kirche erklärte er, daß die evangelische Kirche mit Recht behauptete, daß der Staat verpflichtet sei, für eine entsprechende Dotation zu sorgen. — Die nächste öffentliche Sitzung des Landtages wurde auf Freitag, den 12. Dezember, nachmittags angesetzt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet wieder die Konkordatsvorlage.“

Die Berufung des bayerischen Ministerpräsidenten auf den Reichsdeputationshauptschluß (vom Jahre 1803) ist, in welchem Geiste man in Bayern an die Regelung der wichtigsten Fragen herangeht. Die bayerischen Staatsmänner möchten am liebsten nicht nur das Konkordat mit dem heiligen Stuhl nach den Grundbegriffen des bayerischen Reichsdeputationshauptschlusses regeln, sie würden es auch mit Freuden begrüßen, wenn die Verfassung Deutschlands und vor allen Dingen die „Eigenstaatlichkeit“ Bayern nach den Gesichtspunkten geregelt werde, die 1803 maßgebend waren. Vielleicht würden höchstens die Wittelsbacher einwenden, daß sie 1803 noch nicht von Napoleons Gnaden Könige von Bayern gewesen seien, und daß die historischen Wurzeln ihrer bayerischen „kaiserlichen“ Befehle erst mit der Verleihung der Königswürde durch Napoleon zu beginnen hätten.

Konkordat und Verfassung.

München, 11. Dezember. (M.B.) Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat einen Antrag gestellt, der die Einholung eines Rechtsgutachtens der juristischen Fakultäten der drei Landesuniversitäten darüber fordert, daß die Bestimmungen des Konkordats mit dem evangelischen Landeskirchen mit den Vorschriften der Reichs- und Bundesverfassung in Einklang zu bringen sind.

Die Adressdebatte im Unterhause.

Sinowjew-Brief und interallierter Schuldenplan.

London, 12. Dezember. (M.B.) Anlässlich der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede erklärte Clynnes, dem Kabinettsauschuss zur Untersuchung des Sinowjew-Briefes habe nur eine Abschrift vorgelegen. Bei einem Dokument, das die künftigen allgemeinen Beziehungen Englands zu Rußland so wesentlich beeinflussen müsse, genüge es keineswegs, das Haus zu erlösen, sich mit der Versicherung zufriedenzugeben, daß das Kabinet von der Echtheit des Dokuments überzeugt sei, ohne daß das Beweismaterial offen dargelegt werde, auf das sich der Ausschuss stütze. Clynnes wandte sich dann gegen die Annahme, daß das Handelsabkommen mit Rußland von 1921 ausreichend sei. Dieses Abkommen sei nur ein erster Schritt. Für England sei von großer Bedeutung, daß Rußland in engere Beziehungen zu übrigen Nationen gebracht werde.

Der Führer der Liberalen Sir John Simon

erklärte, die Forderung der Arbeiterpartei, daß Beweise für die Echtheit des Sinowjew-Briefes beigebracht werden müßten, seien an MacDonald selbst zu richten, der die Aktion, die er als Premierminister und Minister des Aeußern unternahm, nicht hätte unternommen können, wenn er nicht stärkste Beweise für die Echtheit des Briefes besessen hätte. Baldwin sei von seinen Wahlversprechungen, daß keine Lebensmitteleinstreuungen erhoben werden sollen abgewichen. Seiner, Simons, Ansicht nach, bestände man sich am Vorabend einer Umbildung zu Gunsten von Schuldkäufen. Der liberale Führer kam sodann auf das Problem der interalliierten Schulden zu sprechen und erklärte, der englische Eisenarbeiter sei eine Verpflichtung von drei Milliarden Pfund Sterling für seine Teilnahme am Kriege eingegangen. England könne von dieser Verpflichtung nicht dadurch befreit werden, daß es sie nicht anerkenne. Es sei zwar klug gewesen bestimmte Schulden gewisser Alliierten herabzusetzen, aber durch die Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika über die Regelung der noch bestehenden Ansprüche Amerikas an Frankreich sei eine neue Lage entstanden. Es sei untragbar, wenn jetzt nachdem England es übernommen habe, das Geld zurückzugeben, das in Wirklichkeit für seine kontinentalen Alliierten geleistet worden sei, eine Regelung zwischen Amerika und Frankreich stattfinden solle, zu der Großbritannien nichts zu sagen habe. Die Gründe der Verzweiflung und des gekündeten Menschenverstandes erforderten es, daß England zuerst bezahlt werde. Simon verlangte daher zu wissen, ob der Schatzkanzler diese Schulden weiterhin als Guthaben ansehe, die die Alliierten Englands diesem schuldeten.

Schatzkanzler Churchill

erklärte darauf, er bitte das Haus jedoch um Nachsicht aus zwei Gründen: 1. sei er noch sehr neu im Amte und müsse sich in die technischen Einzelheiten der Finanzen noch einarbeiten und 2. sei er äußerst beschränkt, bei der Behandlung von Fragen, die, wie das Haus wisse, außerordentlich heikel seien, keinen Ausdruck zu gebrauchen, der die Freunde und Alliierten Englands auf dem Kontinent oder jenseits des Atlantischen Ozeans verstimmen könnte. Im Januar nächsten Jahres finde in Paris eine Zusammenkunft der alliierten Finanzminister statt, an der er teilnehmen werde, und er sei ganz sicher, daß es der Wunsch jeder Partei sei, daß diese Zusammenkunft von einem Geiste der Kameradschaft befeuert ist und daß sie nicht durch Handeln und Festsitzen oder gegenseitige Beschuldigungen und Vorwürfe gekennzeichnet ist, sondern von Anfang bis zu Ende durch den aufrichtigen und lokalen Wunsch, einen gerechten und praktischen Weg zu finden, der mit der Aufrechterhaltung der Rechts- und Interessen Großbritanniens und mit der Achtung für die Rechte anderer vereinbar ist, um durch das schwerste Problem hindurchzukommen, dem, nicht durch die Schuld Englands, die im Weltkrieg Alliierten jetzt gemeinsam gegenüberstehen. Die Last, die England im Kriege getragen habe, sei nicht geringer gewesen, als die von jeder anderen alliierten Nation getragene. (Beifall.) Es sei nicht richtig, prägnante Worte zu gebrauchen oder hochtöne Vergleiche zu ziehen, aber wenn die Dauer der Anstrengung, der Verlust an Leben und Werten, der zu Land und Wasser ausgeübte Einsatz und die erzielten Taten, wenn dies alles gerecht zusammengerchnet und abgezogen werde, so habe England Anspruch auf die Achtung von seinen Kameraden. Aber wenn dies Englands Anteil am Kampfe war, so seien Englands finanzielle Lasten seit dem Krieg unverhältnismäßig größer gewesen als die einer anderen siegreichen Nation. Wir haben im Kriege alle unsere Ausgaben bestritten, wir sind allen unseren Verpflichtungen nachgekommen oder kommen ihnen nach, wir haben bisher keinen alliierten Schuldner bedrängt, keinen Verpflichtungen nachgegeben. Diese Politik legte dem britischen Eisenarbeiter ein großes Opfer auf. (Beifall.)

Churchill betonte, daß die strengest abgeschlossene englisch-amerikanische Schuldenregelung die Unterstützung der führenden Finanzautoritäten der Londoner City und der Sachverständigen des Schatzamtes erhielt. Es sei eine Regelung, die dem Parlament vorgelegt und vom Lande angenommen wurde. Diese Regelung müsse durchgeführt werden; sie bilde einen Ausgangspunkt für alle künftigen Erörterungen auf dem Gebiet der interalliierten Schulden. Sie habe Großbritannien auch in eine außerordentlich starke Position gebracht, da es sich ohne finanzielle Verpflichtung gegen irgend jemand an die Beratungen der alliierten und alliierten Mächte setzen könne. Der zweite große Faktor in diesem Problem, soweit Großbritannien in Betracht komme, sei die

Balfournote, deren Grundgedanke gewesen sei, daß England alle ihm geschuldeten Beträge streichen werde, wenn es bezüglich seiner Amerika geschuldete Beträge in gleicher Weise behandelt werde, das es aber, vorausgesetzt, dies sei unmöglich, von Europa sowohl und nicht mehr verlangen werde, als die Vereinigten Staaten notwendig finden würden, von England zu verlangen. Churchill erklärte im Namen der britischen Regierung: die Balfournote werde weiterhin die Grundlage der britischen Politik bilden. England fühle sich nicht mehr von seinen Alliierten und Feinden zu bekommen, als das, was es bekommen gewesen sei, für ihre Rechnung zu zahlen. Seit der Veröffentlichung der Balfournote seien die deutschen Reparationen mehr zur Wirklichkeit und voraussichtlich wertvoller geworden. Durch die 20prozentige Ausfuhrabgabe würde England vielleicht ungefähr 10 Millionen Pfund in diesem Jahre erhalten, aber nach dem Dawes-Plan und den Beschlüssen von Spa über die prozentuale Verteilung würde England schätzungsweise 20 Millionen Pfund im Jahre an Reparationen von Deutschland empfangen, vorausgesetzt, daß das Wieder-aufleben Deutschlands und Europas keine Unterbrechung erleide, wie es sicherlich während der Fall sein würde, wenn der Friede aufrecht erhalten werde. Niemand aber könne sagen, wie weit oder wie bald diese Hoffnungen sich erfüllen würden. Die Erholung Deutschlands könnte eine Verzögerung erweisen und die im Dawes-Plan gezeigten Hoffnungen könnten sich viele Jahre hindurch nicht erfüllen. Das Abkommen, sagte Churchill, das wir mit unseren europäischen Alliierten abschließen suchen, muß eine feste Grundlage haben, daß es uns innerhalb der Grenzen der Balfournote vor den Folgen einer deutschen Zahlungsversagung oder Zahlungsunfähigkeit schützt. Das habe er für notwendig gehalten zu sagen, und es sei alles, was er über die allgemeine Lage zu sagen habe.

Churchill schloß mit folgender Erklärung über die französisch-amerikanischen Forderungen ab: „Allgemein gesprochen möchte er sagen: Wir wünschen lebendigen Abkommen zu gegenseitigem Nutzen, das zwei befreundete Nationen einschließt, die uns im Weltkrieg alliiert und offener waren, nicht zu hindern. Wir betrachten es indessen als wesentlich, daß langwierige Zahlungen, die unsere Schuldner in Europa an ihre Gläubiger in den Vereinigten Staaten leisten, gleichzeitig entsprechende Zahlungen an Großbritannien im Gefolge haben. Sowie die britische Renteursache, seien keine formellen Verhandlungen im Gange. Es hätten jedoch verkehrsweltliche Verhandlungen und Berechnungen stattgefunden. Soweit bekannt sei, sei die Angelegenheit vorläufig nicht darüber hinaus fortgeschritten.“

Nach Churchill erklärte

Sinowden,

die Bedeutung der Debatte sei daß sie die Position Churchills auf der bevorstehenden Konferenz stärken werde. Er behaupte nur, daß Churchill sich so verhalten zu den Grundbegriffen und der Politik der Balfournote bekannt habe. Die Umstände hätten sich geändert; seit der Zeit, wo dieses großmütige Angebot gemacht wurde. Die Balfournote stamme aus der Zeit vor der Regelung der Reparationsfrage, und es würde viel besser gewesen sein, wenn Churchill sie als erledigt betrachtet und mit freien Händen zur Konferenz gegangen wäre. Er sei nicht befriedigt von der Art und Weise in der Churchill die Frage der voraussichtlichen Reparationsleistungen und die Frage der interalliierten Schulden miteinander verknüpft habe. Die vorige Regierung habe es, als der Dawes-Plan zur Ermöglichung stand durchaus abgelehnt, beide Fragen gemeinsam zu behandeln, wie gewisse Alliierte es gewünscht hätten. Zum Schluß wünschte der Redner Churchill vollen Erfolg bei der ihm bevorstehenden Arbeit.

Der liberale Ruchman führte aus, Churchills Ankündigung befriedigte die Liberalen. Wenn man ihn recht verstanden habe, wolle er bei den Pariser Verhandlungen die Balfournote als Grundtöne nehmen.

Churchill unterbrach hier den Redner und bemerkte, die Konferenz im Januar solle verschiedene Fragen behandeln die mit dem Reparationsproblem und dem Dawes-Bericht zusammenhängen, sie sei nicht einberufen worden, um bloß die Frage der interalliierten Schulden zu behandeln. Er habe in einem allgemeinen Sinne die Frage der Reparationen auseinandergesetzt.

Der Minister des Innern Johnson Hicks erklärte, die Regierung beabsichtige, in den nächsten 4 oder 5 Jahren zahlreiche Pläne zur Verbesserung der sozialen Bedingungen durchzuführen. Sie seien lange fällig gewesen. Lieber den Sinowjew-Brief führte der Minister aus seine Bedeutung sei lediglich die, daß er präzise ausgesprochen habe, was in Moskau immer wieder gesagt worden sei. Der Kabinettsauschuss zur Prüfung des Briefes habe ihn für echt erklärt. Die Regierung sei nicht bereit, das Beweismaterial zu veröffentlichen, auf das sich dieses Urteil gründe, oder die Namen von Zeugen zu enthüllen, die dies im Interesse der Sicherheit des Lebens einzelner Personen unmöglich sei. Wenn Rußland wünsche, mit England freundschaftlich zu bleiben, so müsse es zunächst seine in der ganzen Welt verstreute Propaganda einstellen und seine Hände von dem heiligen Reich, von Indien, Kambodscha und allen Ländern waschen, die unter englischer Kontrolle stehen. Er erklärte endgültig im Namen der Regierung, daß es, solange Rußland seine Propaganda fortsetze, keine Verträge geben werde.

Puppen.

Auf dem Puppenmarkt herrscht Hausstimmung, und in allen Puppenfabriken, Puppenwerkstätten und Puppenkliniken, wie man in Berlin großtuerisch die Puppen mit Reparaturen für beschädigte und aus dem Heim gegangene Puppen nennt, ist Hochbetrieb.

Weihnachten ohne Puppe ist doch überhaupt kein Weihnachtsfest für Kinder. Gewiß sieht man Puppen in allen Größen und in allen Preislagen.

Wie viele Mütter aber, die gern ihrem Kind eine Freude machen wollen, haben keine Zeit für diese Arbeiten. Wir haben ja unlängst an dieser Stelle die ergreifenden Schilderungen von Frauenschicksalen gebracht.

Die Tragödie einer Sechzehnjährigen.

Der Belastungszeuge als moralisch Schuldiger.

Auf der Anklagebank saßen zwei junge Leute, die 19jährige Verkäuferin Charlotte H. und der nicht viel ältere Landwirtschaftliche Rudolf M., um sich wegen Meineides zu verantworten.

Wieder einmal bildete den Hintergrund dieses Meineidsprozesses ein Alimentationsprozeß. Die beiden Angeklagten hatten eine intime Beziehung unter Eid bestritten.

Merkwürdiger Eifer.

Die Köpenicker Bezirksverwaltung beschäftigte sich zum Jahresabschluss mit der Abbaufaktion. In monatlichem Kampfe haben die vereinigten bürgerlichen und kommunikativen Parteien bisher glücklich den Abbau eines sozialdemokratischen Bezirksratsmitglieders, des Genossen Rante, durchgeführt.

Mordprozeß Haarmann.

Die soziale Seite des Falles. — Um die Mittäterschaft Grans'.

R. Hannover, den 10. Dezember 1924.

Der Prozeß löst am sechsten Tage der Verhandlung nicht im geringsten an Interesse nach. Er scheint zwar seinen Höhepunkt bereits erreicht zu haben, hat jedoch das Dunkel, das über die Untaten Haarmanns und über Grans' Rolle dabei liegt, noch lange nicht gelüftet.

Verhandlungsbericht.

Hannover, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages bleibt die Öffentlichkeit, die auch bei Beendigung der gestrigen Sitzung nicht wiederhergestellt worden ist, zunächst weiter ausgeschlossen.

Samkeitstien der abbaueifrigen bürgerlichen Fraktion. Die Herren werden allerdings diesmal die Rechnung ohne den Wirt, d. h. mindestens ohne ihre kommunikativen Bundesbrüder gemacht haben.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen nimmt immer selbstärmer Formen an. Nicht nur daß man versucht, auf Kosten der Versicherten möglichst viel an Honorar aus den Kassen herauszuholen, man unterdrückt auch den Kosten jede Möglichkeit, den Versicherten in Krankheitsfällen die beste Hilfe zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Verlesen in der Sitzung der Gesellschaft am 21. 11. 1924: Die deutsche und Berliner Ärzteschaft steht mit den Krankenkassen in schwerem Kampfe um die Freiheit ihres Berufes.

Der Vorstand: R. Schaeffer, P. Strahmann, E. Bumm, Heinisus, Robert Mayer, P. Ruge I.

Die Gesellschaft für Geburtshilfe ist ansehnlich eine wissenschaftliche Gesellschaft. Die sich aus dieser Entscheidung ergibt, scheint sie aber wissenschaftliche und wirtschaftliche Interessen miteinander zu verwechseln.

„Reklame“ für Schwarz-Rot-Gold?

Die Unerschämtheit eines Scherl-Schmucks muß nehmend gebrandmarkt werden. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ templet dieser ehrenwerte Zeitgenosse in der Besprechung des Dezemberprogramms eines unserer bekanntesten Varietés eine Artistin an, weil sie in ihrer Produktion die deutsche Schwarz-rot-goldene Nationalflagge zeigt.

ruf des nächsten Zeugen einsteht, wird zum Teil dazu benutzt, Haarmann noch einmal dringlichst zu ermahnen, doch die Wahrheit zu sagen. Haarmann: Ich habe mir diese Nacht alles wohl überlegt.

Hat er niemals eine Leiche gesehen. — Justizrat Benjes: Haben Sie von der Tötung des Rothe gewußt? — Grans: Nein. — Justizrat Benjes: Weshalb haben Sie dann Haarmann einmal einen Mörder genannt? — Grans: Weil er mit dem Messer auf mich losging.

Das ist nicht wahr. — Grans: Haarmann will mit seinen Lügen ja nur seine Auszüge beschönigen, oder er müßte auf mich gerade so einen Haß haben wie auf Wittkowski.

Damit ist diese dramatische Episode vorläufig beendet. Nach einer Gegenüberstellung von Bartsch und Döring wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt und in die Erörterung des ersten Falles, des Mordes an Friedel Rothe, eingetreten.

Republikaner immer lebhaftere Entrüstung erregt. Wenn nun endlich nach fünf Jahren die Variétéleute beginnen, dem neuen Deutschland durch keine neue Flagge ihre Reneganz zu erweisen, so wird das jedenfalls von dem Teil des Publikums, das nun mal in den Varietés die Wahrheit bildet, mit Benützung aufgenommen werden.

52000 Mark Belohnung!

Der große Einbruch in das Hauptpostamt in der Luisenstraße über den wir seinerzeit ausführlich berichteten, ist trotz aller Nachforschungen der Kriminalpolizei immer noch nicht aufgeklärt.

Wohltätigkeitskonzert der Schupo. Das am 18. Dezember in der Staatsschule für Musik stattfindende Wohltätigkeitskonzert des Generalmusikdirektors Leo Blech zugunsten der Kriegswunden der Stadt Berlin ist bereits ausverkauft.

Schwere Bluttat aus Rache in Hamburg.

Am Mittwochabend verletzete der in Emma geborene Kaufmann Bessfeld die Grünwarenhändlerin Heinemann, deren 21jährige Tochter Harriet und 14jähriger Sohn durch Bauchschüsse schwer. Die Tochter ist ihren Verletzungen erlegen.

Ein deutsches Linienschiff auf Grund geraten. Das Linienschiff „Hannover“ hat auf einer Übungsfahrt nördlich Helgoland ansehend, da eine für die Navigierung wichtige Fahrwasserboje infolge der letzten Weststürme stark vertrieben war, vorübergehend Grund berührt und ist zur Untersuchung auf etwaige Unterwasserbeschäden in die Marinewerft Wilhelmshaven gegangen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Einblendungen für die Druckerei sind... 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu rechts.

41. Abt. Freitag 7 1/2, bei Hebezeit, Doppelpf. 4: Wichtige Sitzung des Ausschusses... 11. Dezember 1924

Winkscheiben für Blinde.

Wir finden in unserem Parteiblatt, der „Düsseldorfer Volkszeitung“, eine bemerkenswerte Abhandlung über den Schutz von Blinden vor den Gefahren der stark beleuchteten Straßen. Es wird da von einem neuen Abzeichen für die Blinden gesprochen, und namentlich in Berlin mit seinem starken Automobilschutz für diese man sich für diese geplante Neuerung interessieren und sie ebenfalls einführen. In Düsseldorf und den großen Städten im Rheinland überhaupt sind zwischen dem Fürsorgeamt, dem Bund erblindeter Arbeiter und der Polizeiverwaltung Verhandlungen über die Einführung eines Schutzabzeichens geführt worden, die das Ergebnis hatten, die Blinden mit kleinen Winkscheiben auszustatten, die auf weißer Fläche ein rotes Kreuz tragen. Die Kriegsblinden ziehen dieses Abzeichen der Einführung eines ständig zu tragenden Bänderabzeichens vor. Sie haben die Einführung eines solchen allgemeinen Abzeichens abgelehnt um nicht in dem übrigen Publikum noch mehr aufzufallen und gekennzeichnet zu sein, als sie es ohnehin schon sind. Sie wollen ihre Blindheit nicht zur Schau tragen. Aus diesem Grunde haben sie sich für die Einführung eines Schutzabzeichens ausgesprochen, das sie nur dann gebrauchen, wenn es unbedingt erforderlich ist. Also in der Hauptstadt beim Ueberqueren des Fahrdammes auf verkehrsreichen Straßen und Plätzen. Sie ziehen dieses Schutzabzeichen der Armbinde, wie sie in Köln von den Blinden getragen wird, auch deshalb vor, weil die Armbinde für den bezeichneten Fall als Schutz nicht angesprochen werden kann. Die wird nicht in einem allzu großen Format getragen werden können, so daß die auf ihr befindlichen schwarzen Punkte von den Kraftwagenführern aus einiger Entfernung nicht erkannt werden können bei der Signalscheibe. Auch der Kriegsblinde den Fahrdamm überqueren, so hält er die Signalscheibe, die einen Durchmesser von 11 Zentimeter hat und an einem

kurzen Holzgriff befestigt ist, mit einer Hand über Kopfhöhe, so daß das Warnungssignal in seinen leuchtenden Farben von beiden Seiten sichtbar ist. Ist der Fußverkehr so stark, daß ein Ueberqueren des Fahrdammes selbst mit der Signalscheibe nicht gemacht werden kann, so werden Passanten auf sie aufmerksam gemacht und zur Hilfeleistung veranlaßt.

Die Einführung der Winkscheibe für Blinde erscheint auch uns überaus praktisch. Allerdings kann sie nur am Tage ihren Zweck erfüllen. Da aber viele Blinde, die einem Beruf nachgehen, auch am Abend gezwungen sind, die Straßen zu überschreiten, könnte man diese Winkscheiben bei Dunkelheit mit einem Licht versehen. Als Muster dafür könnten die Signalscheiben dienen, die die diensttuenden Stationsbranten auf den Bahnhöfen benutzen, und die ebenfalls am Abend mit einem Licht versehen sind.

Gefahren der Großstadt.

Nachdem bereits in unzähligen Artikeln und auf vielen Plakaten dem Publikum erzählt und gezeigt worden ist, wie es sich auf der Straße bewegen (wirklich bewegen, nicht dort stehen bleiben!) und im Leben der Großstadt überhaupt verhalten soll, hat sich auch endlich der Film in dankenswerter Weise des leider immer aktueller werdenden Themas bemächtigt. Unter Mitwirkung der Polizeidirektion München und mehrerer guter Darsteller kam durch die Bayerische Film G. m. b. H. eine Arbeit zustande, die in künstlerischer, pädagogischer und filmtechnischer Hinsicht in gleicher Weise befriedigt. In erster Linie führt der Film den Straßenverkehr mit allen seinen Wirkungen vor Augen, und ohne lehrhafte Pedanterie werden die Möglichkeiten gezeigt, die ihn nicht nur regeln, sondern sogar kultivieren könnten. Die vielen unserer in anderen Dingen oft so wachsamem Zeitgenossen, die wie Autoren lyrischer Gedichte

ihres Weges einherwandeln, als ob ihnen ihre Phantasie das schritte Loben des Straßenverkehrs in melodisches Pausen weiter Wälder verzaubern würde, sie alle können hier viel lernen. Auch kann vertrieben werden, daß die Unerfahrenheit der Kinder in diesen Dingen Dummheit und Leichtsinns zur Folge hat. Jeder muß sich über alle Gefahren auf die durch jede Art in räuberischer Absicht ausgeführten Verbrechen entstehen. Glücklicherweise sieht man nicht nur, wie's gemacht wird — vor Aufnahmen mit der Zeitlupe wird gewarnt! —, man erfährt auch, wie man sich am sichersten schützt. Mit dem Ruf nach der Schupo ist's nicht immer getan. Jopfab-schneider, betrügerischer Bettel, Taschendiebstahl, Fahrradmarber, Straßenraub — ein paar Stichworte, die die Vielseitigkeit des ausgezeichnet gelungenen Films beweisen. Der Film läuft in der „Urania“ vom 15. Dezember ab. Man sollte seine teilweise Freigabe für Jugendliche verlangen.

Gefahrenverminderung im Autoverkehr.

Auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe findet in Verbindung mit dem Minister des Innern in den Tagen vom 11. bis 13. Dezember eine Beratung der Automobilbezerntenten der preußischen Regierung statt. Dabei wird den Herren Gelegenheit gegeben, sich durch Vorträge angelegener Fachleute mit den neuesten Bestimmungen und Erfahrungen vertraut zu machen, unter sachkundiger Führung die Automobilausstellung zu besichtigen und wichtigen Versuchen auf der Auszuwohnen. Am allgemeinen Teil der Veranstaltung werden auch Vertreter der einschlägigen Industrie, der Sportvereinigungen und der Arbeitnehmer teilnehmen. Die dienstlichen Besprechungen werden sich u. a. auch auf die Erfahrungen zur Feststellung von Geschwindigkeiten zur Prüfung von Führern, Fahrlehrern und Sachverständigen, Ausbildung von Ueberwachungsbeamten und dergleichen erstrecken.

Urys Weihnachts- Messe

Ein wichtiger Faktor!!!

Die konsequente Wahrnehmung günstiger Einkaufs-Gelegenheiten ermöglicht es, in den nachbenannten Gruppen außergewöhnlich billige, qualitativ unübertroffene

Warenmengen für den Weihnachtsbedarf anzubieten. Die Verbilligung erreicht somit die alleräußersten Grenzen und gewährleistet denkbar größte Einkaufs-Vorteile.

Sportflanelle Blusenstoffe

einfarbig und gestreift, ca. 80 cm breit, Mtr. mit kunstseidenen mehrfarbigen Streifen, Meter

65 Pf. 95 Pf.

Mousseline Mousseline

bedruckt, reizend. Muster, ca. 80 cm breit, Mtr. bedruckt, Dirndl-Muster, 80 cm breit, Meter

85 Pf. 95 Pf.

Hauskleiderstoffe Schotten

Fischgrätenmuster und gestreift, solide Winterqualität, doppeltbr., Mtr. prachtvolle Muster in großer Auswahl, doppeltbreit, Meter

145 165

Schotten Karostoffe

in la Kammgarn-Cheviot, ca. 105 cm breit, Meter in Kammgarn-Cheviot, 2farbig, 130 cm br., Meter

390 375

Schlafdecken Schlafdecken

getigert, mit Bordüre weiß Caimuck, mit Bordüre

145 345

Parfümerien

Geschenk-Karton enth. 1 Fl. Parfüm und 2 Stck. Seife **38 Pf.**

Geschenk-Karton enth. 1 Fl. Parfüm und 2 gr. Stck. Seife **68 Pf.**

Karton enth. 2 Stck. Seife, Marke Wolf & Sohn 1 Fl. Parfüm Blütenzauber **195**

Parfüm-Fläschchen bekannte Marken Stück **18 Pf.**

Toilette-Seifen

„Köln. Wasser“-Seife im Karton 3 Stück **90 Pf.**

Lavendel-Seife Ia im Karton 3 Stück 125 g **135**

Toiletten-Seife fein parfümiert 3 Stück 120 g **78 Pf.**

Toiletten-Seife l. Blumen duft, im Karton 3 Stück **42 Pf.**

Handarbeiten

Schoner 30x30 mit Einsatz und Spitze 2 Stück **68 Pf.**

Spitzen-Decke weiß, ovale Form, 40x70 groß Stück **85 Pf.**

Mitteldecke 60x60 mit Spitze und Einsatz Stück **85 Pf.**

Mitteldecke 60x60, grau Leinen Stück **135**

Wäsche

Damen-Hemd gut. Hemd.-Tuch mit reich. Hohlsaum-Garnier, 1.45, 1.95 **225**

Eleg. Taghemd mit Stickerei-Säumchen und Träger **275**

Damen-Hemd Achreischluß Ia Wäschetuch mit Stickerei u. Hohlsaum **295**

Prinzeß-Rock gut Wäschestoff mit breitem Hohlsaum **295**

Toilette-Artikel und Bijouterien

Rasier-Garnitur vernickelt 3 teilig Stück **95 Pf.**

Bürsten-Garnitur im Karton, 3 teilig Stück **190**

Handtaschen Alpaka, versilbert Stück **575**

Damen-Ringe 800 gestemp. mit farbigem Stein Stück **95 Pf.**

Porzellan

Kaffee-Service 9 teilig, bunt Dekor 6,00 **490**

Tee-Service 9 teilig, mit Dekor **975**

Kuchenteller mit bunter Kante 1,25 **95 Pf.**

Tonnen-Garnitur 22 teilig **1850**

Schürzen

Tändel-Schürze weiß mit Stickerei garniert, mit Latz Stück **135**

Wiener Schürze gute Qual., gestreift Stück **145**

Wiener Schürze gute Qual., mit 2 Taschen, extra weit Stück **290**

Wiener Schürze aus weißem gestreiftem Batist mit Stickerei, Stück **325**

Geschenkartikel

Alpaka-Kaffeelöffel mit Etui 6 Stück **425**

Alpaka-Eßlöffel mit Etui 6 Stück **795**

Besteck mit schwarzem Griff, Ia Solinger Stahl **545**

Wand-Kaffeemühle geschmiedetes Werk **555**

Mäntel

aus warmen solid. Stoffen, mit Krimmergarnitur

1350

Mäntel

aus prima Affenhaut, mit Pelzkragen

2600

Kleid

aus Cheviot-Kammgarn, mit reich. Kurbelstickerei und langem Arm

875

Kleid

aus prima Cheviot-Kammgarn mit Tressen und Perlern

1150

Kasakkleid

aus reinwoll. Kammgarn, Twill mit reicher Stickerei und Pelzgarnitur

2750

Kasakkleid

aus damasiertem kunstseidenen Trikot, neueste Form

1950

Hemdbluse

aus bedrucktem Velour, schöne Ausmusterung

395

Kasak

aus seidenartig. Foulardin mit langem Aermel

695

2 Serien Kostümröcke

in Schotten- und Fantasie-Mustern, durchweg solide Qualitäten

295

395

Damen-Handschuhe Paar Trikot gefüttert **95 Pf.**

Damen-Handschuhe Paar m. Schnalle, Schwedennachahmung, eleg. Ausf. **175**

Das große Warenhaus des Nordens



Swinemünder Str. 86, Ecke Lortzingstr.

Sonntag geöffnet von 2 bis 6 Uhr.

Gebr. A.-G.

Straßenbahn 99, 35, 36, 40, 41, 54, 56, 148, 199 Hochbahn Danziger Str., Ringbahn Gesundbrunnen